

**SERVICESTELLE
KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG
BADEN-WÜRTTEMBERG**

Neutral in die Kommunalwahl?

Lieber informiert, engagiert und positioniert!

Agenda

Über die Servicestelle

Was interessiert „die Jugend“?

Neutralitätsgebot

#aktiv werden: Was können wir tun? Und formelle Vorgaben.

Workshop-Phase

Angebote der Servicestelle und der Bündnispartner rund um die Kommunalwahlen

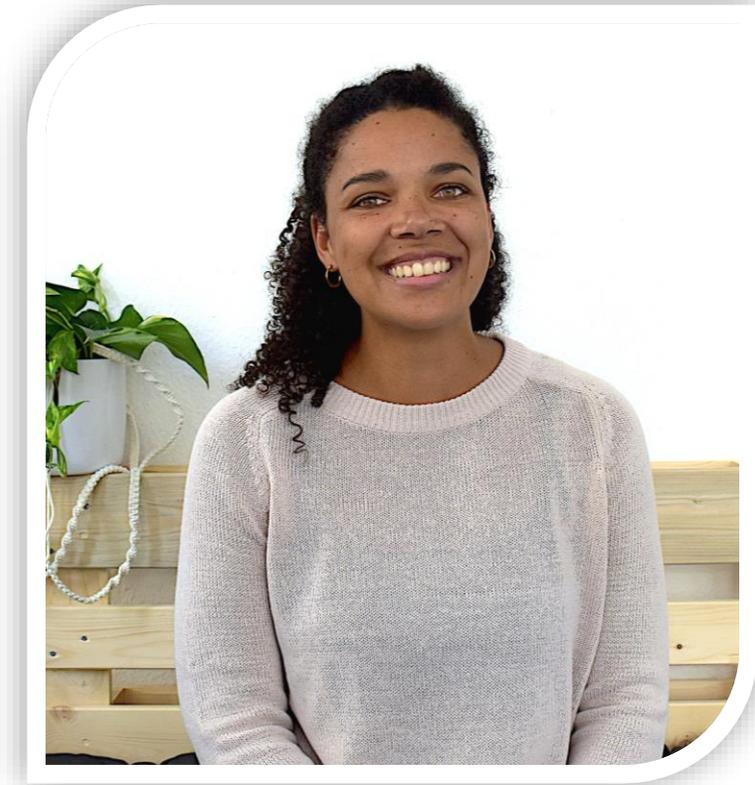
Wer wir sind

- Karoline Gollmer, 0711 16447-42
- Medienkulturwissenschaftlerin
- Öffentlichkeitsarbeit, Digitalisierung, Medienkompetenz und Gaming, ePartizipation, Moderatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung, Beratungsförderung, Datenschutz



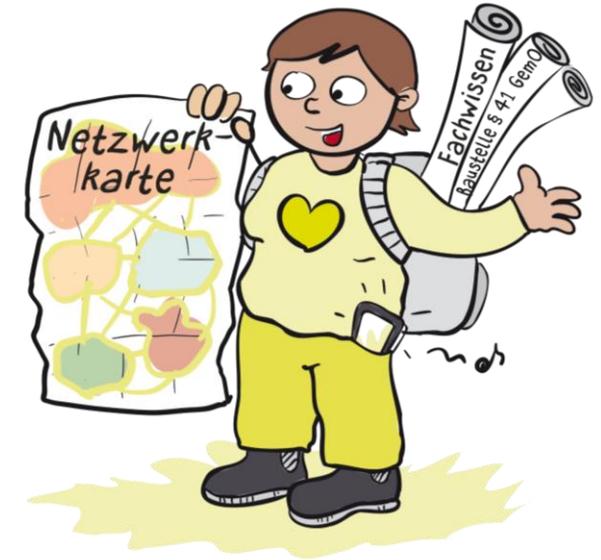
Wer wir sind

- Sandy Wolf, 0711 1656-560
- Sozialarbeiterin
- Kinderrechte, Jugendhilfe,
Jugendsozialarbeit



Wer wir sind

Die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg (Servicestelle oder SKJB) setzt sich ein für die Beteiligung von Jungen Menschen.



Unser Partizipationsverständnis

Beteiligung ist die aktive Mitgestaltung der Gesellschaft durch:

1. politische Beteiligung
2. freiwilliges, gesellschaftliches Engagement

Wer wir sind

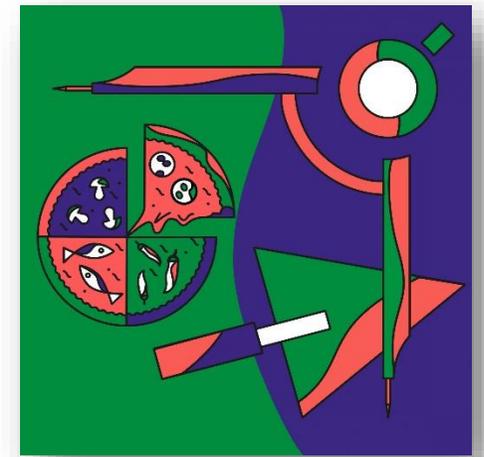
Drei Träger: gemeinsam und gleichberechtigt

- Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit BW (LAG JSA)
- Landesjugendring BW (LJR)
- Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung BW (LKJ)



Die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg

Beratung · Würdigung · Qualifizierung · Vernetzung · 🌵



www.kinder-jugendbeteiligung-bw.de

Good Practice

Instakanal: @skjb_bw: wir stellen engagierte junge Menschen vor



Good practice

<https://kinder-jugendbeteiligung-bw.de/wissenswertes/good-practice>

Fünf Kurzfilme, fünf verschiedene Engagementfelder, in denen Beteiligung junger Menschen auf unterschiedlichste Weise stattfindet oder stattgefunden hat.

Die Filme geben Einblick in die Vielfältigkeit der Beteiligung von jungen Menschen in Baden-Württemberg.

Es gibt Beispiele gelingender Beteiligung oder jungen Engagements vor Ort? Mirjam Brose freut sich, es sichtbar(er) zu machen!

brose@kinder-jugendbeteiligung-bw.de

Zum Einstieg

Starten wir mit ein paar Fragen..

Workshop "Neutral in die Kommunalwahl?"

Gehe auf [menti.com](https://www.menti.com) und nutze den Code 2394 2989



Die Kommunalwahlen beschäftigen mich

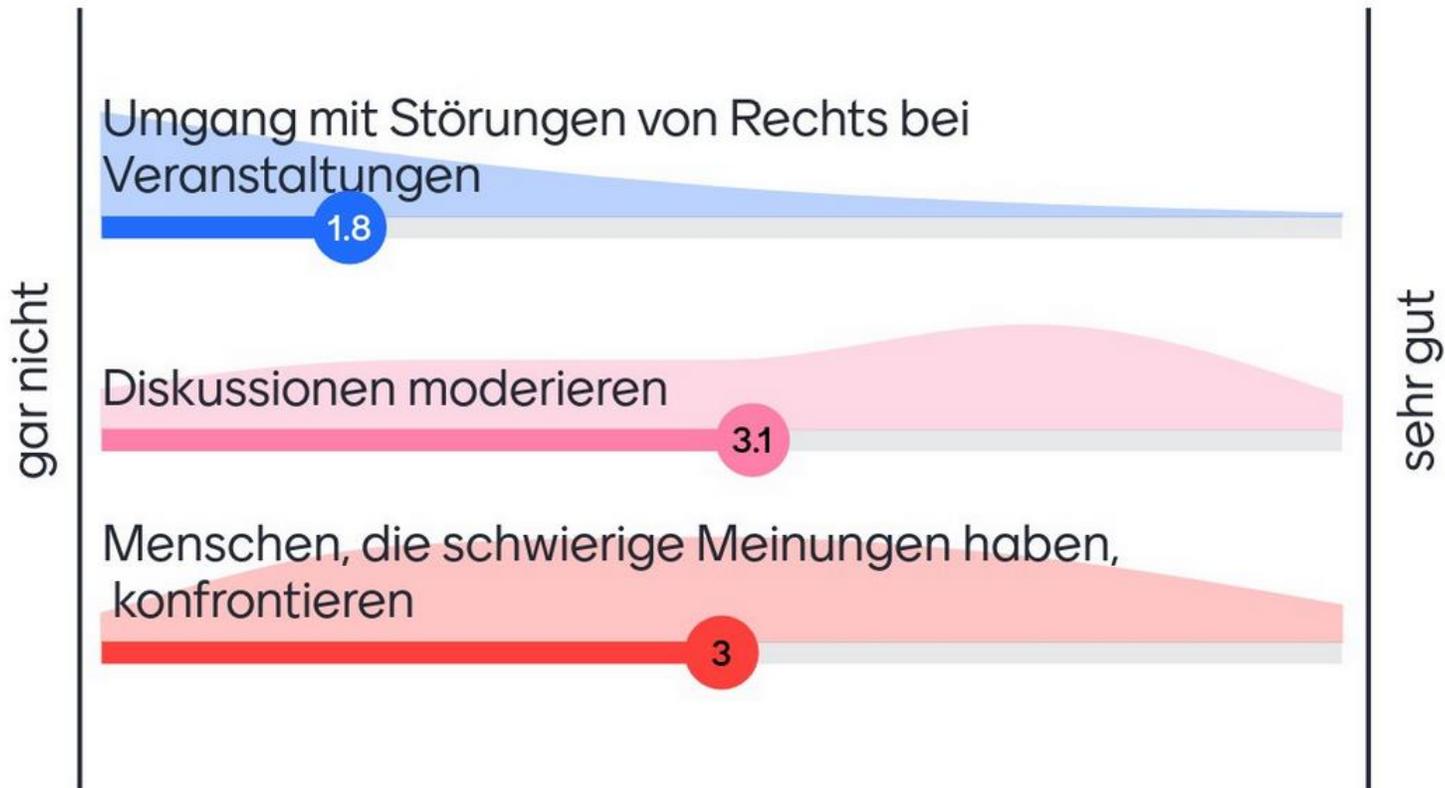


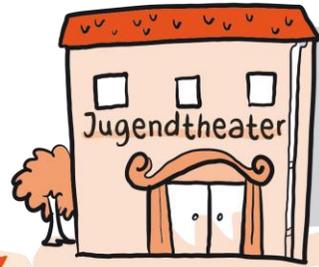
(Noch) gar nicht

Ich mache mir Gedanken

Ich habe schon Formate
geplant

Damit kenne ich mich aus...





Öffentlicher Raum



Was interessiert die Jugendlichen?

Jugendverbandsarbeit



Jugendsozialarbeit



Stadt- und Dorfentwicklung



Verkehrsplanung



Offene Jugendarbeit



Umwelt- und Naturschutz

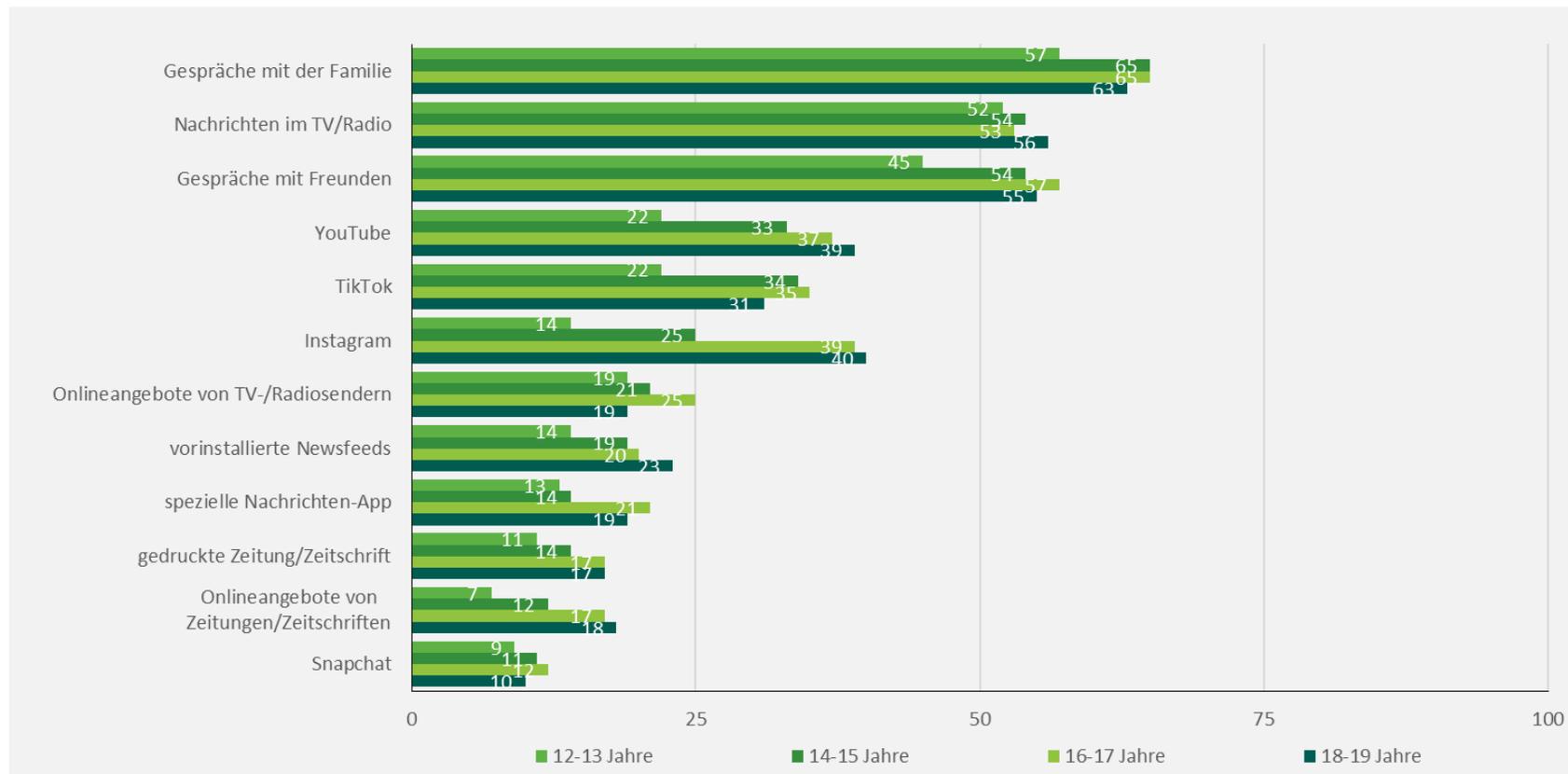


Jugendthemen



Informationsverhalten

Ich erfahre über das aktuelle Weltgeschehen durch...
- täglich/mehrmals pro Woche -



Politisch uninteressiert?

Die Gruppe der Protestwähler*innen bezieht sich eher auf die Mittelschicht. In der Gruppe ökonomisch schwächer gestellter Menschen finden sich eher Nichtwähler*innen.

Gerade Kommunalpolitik hat hier einen entscheidenden Einfluss, da sich die Sorgen und Nöte von Menschen mit wenig finanziellen Mitteln vorwiegend um die Rahmenbedingungen des Alltags drehen:

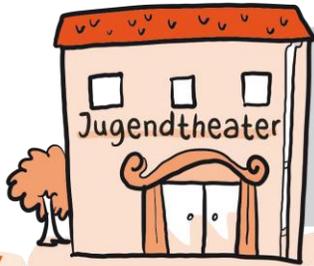
- die Ausstattung eines Stadtteils mit Bildungseinrichtungen,
- Freizeiteinrichtungen,
- guter Anschluss zum öffentlichen Personennahverkehr,
- bezahlbarer Wohnraum,
- niedrigschwellige Anlaufstellen wie Familienbüros,
- kurze Wege zu gut ausgestatteten Kitas und Schulen, verbunden mit der Möglichkeit, sich diese auszusuchen,
- Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge wie (Kinder-)Arztpraxen,
- erreichbare Bankfilialen und Briefkästen.

Politisch uninteressiert?

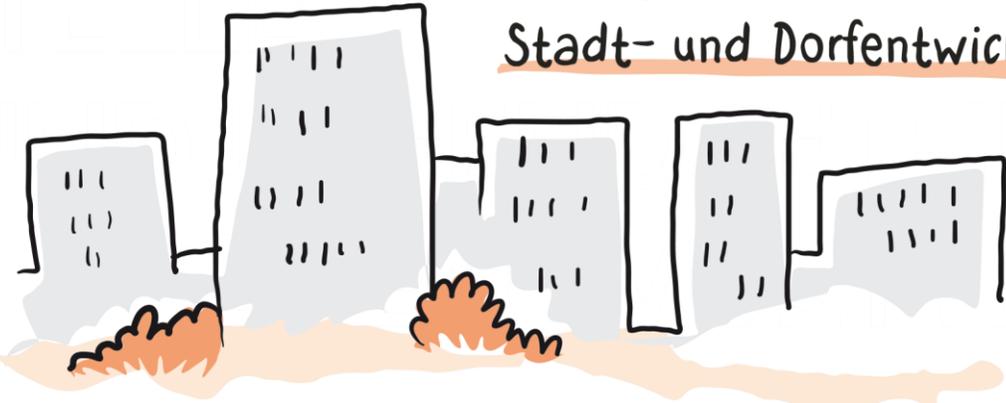
„Wenn es der Politik gelingt, in den Lebensquartieren der Menschen hier erkennbar Verbesserungen zu erreichen, dann werden Menschen sich auch gehört fühlen und darauf vertrauen, mit ihren Sorgen und Nöten ernst genommen zu werden. Und darum geht es ja letztlich in einer Demokratie.“

Quelle:

Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023. S. 265



Öffentlicher Raum



Stadt- und Dorfentwicklung

Verkehrsplanung



Jugendverbandsarbeit



Jugendsozialarbeit



Neutralitätsgebot

Im Verwaltungshandeln

- Staatliche Organe sollen sich im Grundsatz unparteilich und neutral in Bezug auf politische Themen und gegenüber politischen Parteien verhalten.
- Behörden kann im Bereich politischer Stellungnahmen ein gewisser Spielraum zustehen, solange nicht der Willensbildungsprozess, vor allem in Bezug auf einzelne politische Parteien, oder die eigene Entscheidungsfindung erkennbar und kausal beeinflusst wird.

[Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: WD 3 – 3000 – 085/23 (13.07.2023)]

In der politischen Bildung

- Auftrag von politischer Bildung: Informationen über Parteien und ihre Positionen sachlich zu thematisieren
- Fachkräfte haben Recht und Pflicht, menschenrechtsfeindliche, rassistische oder rechtsextreme Positionen einzuordnen und sich dem entgegenzustellen
- Dies gilt auch, wenn es sich um Positionen von in den Parlamenten vertretenen Parteien wie der AfD handelt

[Institut für Menschenrechte, <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de>]

- Angestellte freier Träger sind, im Rahmen der Beschlusslage des Trägers, in ihren Äußerungen freier, als kommunale Angestellte

Unparteilich, aber nicht wertneutral

- Das politische Neutralitätsgebot verlangt von Trägern staatlicher Gewalt Unparteilichkeit, nicht aber Wertefreiheit. Das schließt ein:
 - kritische Auseinandersetzung mit Überzeugungen und Programmen von Parteien
 - Sich von diesen abzugrenzen
 - zu themenspezifischen Veranstaltungen jene Parteivertreter*innen einladen, die sich zu den entsprechenden Inhalten fachkundlich äußern können.
- **Dementsprechend muss politische Bildung und Jugendarbeit auch keinesfalls politisch neutral sein.**
- Das Neutralitätsgebot ist als Auftrag zum Einsatz für die verfassungsrechtlichen Werte zu interpretieren.
- Meinungsfreiheit muss dort zurückstehen, wo sie andere Grundrechte oder Verfassungsprinzipien verletzt.

**#aktiv werden: Was
können wir tun?**

Formate: Demokratiebildung

- Raum für Diskussionen im Alltag schaffen
- Diskussionsregeln gemeinsam festlegen, z. B. im Vorfeld
- Auf Augenhöhe (v. a. bei Gästen beachten)
- Den Diskurs (und auch Streit) als demokratisches Element erlebbar machen
- Informationsquellen mitgeben:
Demokratiebildung ist auch Medienbildung!

- Formate: Planspiel, Dilemma-Fragen, oder auch „zum Üben“ einfache Alltagsabstimmungen u. v. m.

Formate: Veranstaltungen mit Kandidierenden

- Idealerweise Jugendthemen als Aufhänger nehmen
→ fachlich versierte Personen der Listen einladen
- Gerade, wenn Populist*innen mit dabei sein müssen:
Frontalformate (Podiumsdiskussion) meiden
→ Fishbowl, World Café o. ä. Gruppenformate finden
- Wenn es zur Gruppe passt: direkte Konfrontation Politiker*innen durch junge Menschen möglich machen
- Diskussionen immer moderieren (lassen) → möglicherweise durch gut geschulte Jugendliche?

Exkurs: Moderation finden

- Die Servicestelle vermittelt gerne Fachleute zur Schulung von Jugendlichen
- Fitte Jugendliche aus Beteiligungsformaten „warm halten“
- Mögliche Fachstellen, die Moderator*innen entsenden können:
 - LpB
 - Parteinahе Stiftungen (FES, KAS, Heinrich Böll Stiftung, Friedrich Naumann Stiftung)
→ hier gibt's teilweise auch Förderung, sofern die Gemeinde nicht dagegen spricht
 - Stadt- und Kreisjugendringe
 - Große Jugendverbände (die wo Lobbyisten haben)
 - Jugendpresse (oder auch Lokalpresse, wenn gute Kontakte bestehen)

Formate: Veranstaltungen mit Kandidierenden

- Die Kandidat*innen/Rät*innen sollten gut gebrieft sein:
 - eine direkte, authentische Art zu kommunizieren kommt gut an
 - mit der Jugendgruppe die wichtigen Themen vorab auswählen, damit die Eingeladenen sich gut vorbereiten können
- Schwierige Meinungen/einfache Antworten nicht allein stehen lassen, aber: nicht alles muss ausdiskutiert werden

Formelle Vorgaben, Kommunale Trägerschaft

- Für Veranstaltungen in Schulen gilt die **Karenzzeit** von 8 Wochen;
- Die Vorgabe für kommunale Träger wird von der Kommune gemacht und kann abweichen. Auf kommunaler Ebene sind 8 Wochen bis 6 Monate üblich, wobei dies von den einzelnen Kommunen selbst festgelegt wird.
- Politische Bildung darf in dieser Zeit stattfinden, sofern einzelne Themen ausgewogen diskutiert werden. Einzelne Parteien dürfen nicht bevorzugt werden.
- Kommunale Gebäude und **Hausrecht**:
Zulässig ist nur eine Beschränkung nach der Art der Nutzung, nicht aber nach der Person des Nutzers. Stellt eine Gemeinde danach ihre kommunalen Einrichtungen auch politischen Parteien zur Verfügung, muss sie alle Parteien gleichbehandeln.

Formelle Vorgaben, Kommunale Trägerschaft

Bei der **Einladung**: örtliche Parteien und Wählervereinigungen, deren Wahlvorschläge zugelassen wurden, müssen angemessen berücksichtigt werden:

- Kandidat*innen aller Parteien und Wählervereinigungen, die in der Gemeinde mit einem Wahlvorschlag antreten, sollten eingeladen werden.
- Wenn es vor Ort sehr viele Listen gibt, kann eine Auswahl getroffen werden, die sich an der örtlichen Bedeutung der Parteien und Wählervereinigungen orientieren muss.

Außerdem ist es erforderlich, dass sich der Veranstalter, z. B. Gemeinde, Jugendvertretung, bei der Veranstaltung neutral verhält (unparteilich).

Formelle Vorgaben, Kommunale Trägerschaft

- Öffentliche **Wahlaufrufe** kommunaler Organe und Amtsträger, mit denen kurz vor dem Wahltag zur Teilnahme an der Wahl aufgerufen wird, sind unter strikter Beachtung der Neutralität zulässig.
- Wahlaufrufe können sich auch an bestimmte Bevölkerungsgruppen richten, z. B. die Erstwähler*innen, sofern sie öffentlich erfolgen, also von jedermann wahrgenommen werden können.
- Dagegen ist es problematisch, wenn bestimmte Gruppen von Wahlberechtigten, z. B. Erstwähler*innen, von der Gemeinde oder ihr zuzurechnenden Institutionen, z. B. Jugendgemeinderat, persönlich angeschrieben werden, um sie zur Wahlteilnahme zu animieren.

Formelle Vorgaben, freie Träger

- Für freie Träger gilt, was in der Satzung oder ähnlichen innerorganisatorischen Regelungen festgeschrieben ist.
- Es lohnt sich, ggf. Regelungen – z. B. Umgang mit der AfD, was bedeutet „Neutralität“, welche Werte vertritt die Organisation – bereits im Vorfeld zu beschließen.
- Hilfreiche Tipps zur Vorbeugung gibt's in der Arbeitshilfe „[Sicher gegen rechts](#)“ des Landesjugendrings.
- Um gezielt Erstwähler*innen zu erreichen, kann eine Gruppenauskunft nach § 46 BMG versucht werden. Ein öffentliches Interesse der Auskunft muss begründet werden – der LJR hat hier in der Vergangenheit schon positive Erfahrung gemacht.

Jetzt seid ihr gefragt!

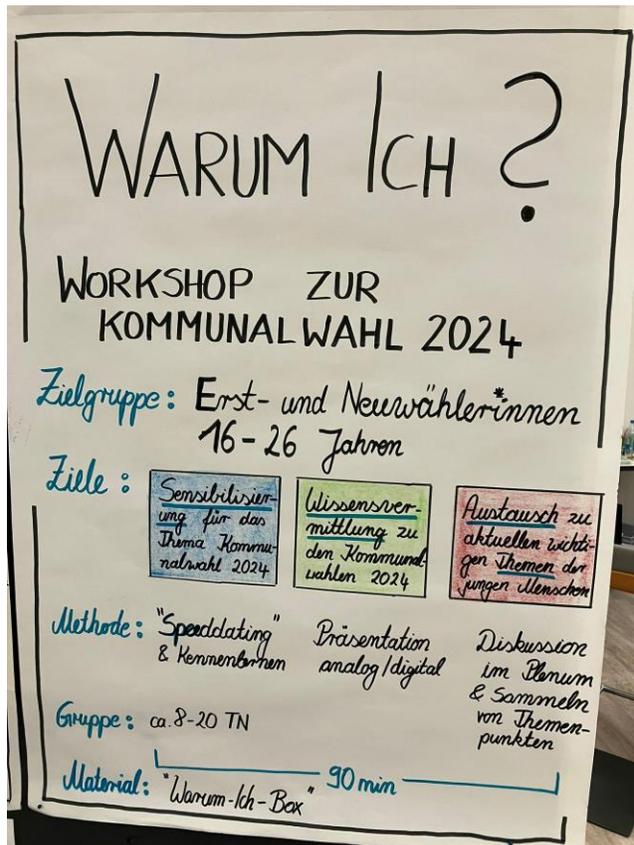
Workshop 1: Wie gewinnen wir Jugendliche in herausfordernden Lebenslagen für Kommunalpolitik und die Wahlen?

Workshop 2: Formateschmiede im kollegialen Austausch – Podium, Kleingruppen oder mal was anderes?

Angebot: Politische Bildung



Angebot: Workshops „Warum ich?“



Vermittlung von:

- Relevanz: warum ist Kommunalpolitik wichtig für mich
- Gewicht: Besonderheiten der Gemeinderatswahl als Personenwahl
- Spaß: Kommunalpolitik an Alltagsthemen greifbar machen
- Wissen: wie wähle ich richtig?

Bonus-Runde: weitere Angebote zu den Kommunalwahlen 2024

Junge Kommunalwahl '24
Bündniskoordination

Öffentlichkeitsarbeit und
Arbeitsmaterialien rund um die
Kommunalwahlen für Fachkräfte und
Kommunen

Qualifizierung und Vernetzung von
Multiplikator*innen und Fachkräften

Workshops zur Kommunalwahl vor Ort



Vernetzung von Kandidat*innen
und Begleitung von Kommunen

<https://kinder-jugendbeteiligung-bw.de/warumich>

Kontakt

Allgemeine Anfragen:

info@kinder-jugendbeteiligung-bw.de // 0711 16447-71

Immer die richtige Person finden:

<https://kinder-jugendbeteiligung-bw.de/servicestelle/kontakt>

Der direkte Draht zum Team Wahlalter:

wahlen@kinder-jugendbeteiligung-bw.de

<https://kinder-jugendbeteiligung-bw.de/servicestelle/warumich>

Weiterlesen

- Institut für Menschenrechte, <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de>
- Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023. <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>
- Neue Caritas, Ausgabe 02/22, <https://www.caritas.de/neue-caritas>
- JIM 2023
- BAG OKJE e. V.: Alles, nur nicht neutral. Eine Handreichung für die Jugendarbeit zum Umgang mit Neutralitätseinforderungen und politischen Interventionen, 2021. https://offene-jugendarbeit.net/dateien/pdf/Handreichung_OKJE-RZ-web.pdf
- BAG OKJE: Stay with the Trouble. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, 2021. <https://www.offene-jugendarbeit.net/index.php/projekte/stay-with-the-trouble>
- LpB BW: Infoblatt Neutralität, Infoblatt Politische Bildung

**SERVICESTELLE
KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG
BADEN-WÜRTTEMBERG**